Stolper Post

Tageszeitung für Stadt und Land

Amtliches Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 208 | Stolp, Dienstag, den 6. September 1927 | 51. Jahrgang

Ein Ostlocarno Polens Ziel!

Polen fordert Garantie der Grenzen.

Zürich, 5. September. Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus Genf: Der polnische Delegierte Sokal erklärte beim heutigen Presseempfang, daß das polnische Kabinett sich bereits mit einer abermaligen Vermehrung der aktiven Heereskräfte um 32 000 Mann pro Jahr beschäftige. Solange der deutsch-russische Vertrag bestehe, halte sich Polen für bedroht. Die polnische Regierung würde aber auf die neue finanzielle schwere Belastung verzichten können, wenn Polens Grenzen im Westen und Osten vom Völkerbundsrat garantiert würden.

Ein Nichtangriffspakt.

Von maßgebender polnischer Seite wird heute zu den viel erörterten polnischen Vorschlägen zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes folgende Mitteilung gemacht: „Die polnische Delegation wird in der Vollversammlung des Völkerbundes den Antrag zu einer Entschließung einbringen, nach der sämtliche Mitgliedsstaaten des Bundes die feierliche Verpflichtung auf sich nehmen, im Falle von Differenzen untereinander nicht zu kriegerischen Maßnahmen zu schreiten."

In dieser Resolution soll jedoch keinerlei Bestimmung über Sanktionsmaßnahmen oder obligatorische Schiedsgerichtsregelung aufgenommen werden. Die Absichten der polnischen Regierung gehen darauf hinaus, einen angreifenden Staat außerhalb des Gesetzes zu stellen. Diese Resolution soll bei ihrer Annahme als Basis für den Abschluß weiterer internationaler Sicherheitsverträge dienen.

Zweifellos beabsichtigt die polnische Delegation hiermit, ein künftiges Ostlocarno mit Deutschlands Einschluß vorzubereiten. Von deutscher Seite muß nochmals nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, daß deutscherseits eine Garantieverpflichtung der gegenwärtigen Westgrenze Polens unter keinen Umständen als Diskussionsthema anerkannt werden kann. Von offiziöser englischer Seite wird zu den polnischen Vorschlägen vor neuem erklärt, daß die englische Regierung Vorschlägen, ob sie einen neuen Sicherheitspakt oder lediglich auch nur eine Entschließung darstellen, nicht zustimmen könne, wenn in ihnen in irgendeiner Form die Gedankengänge des Londoner Protokolls enthalten sind. Von belgischer Seite wird betont, daß die Randstaaten keinerlei Verpflichtungen eingehen würden die von der Sowjetregierung als eine Gefährdung der Beziehungen zwischen den Randstaaten und der Sowjet-Union aufgefaßt werden könnten. Das Bestreben der Randstaaten gehe sogar dahin, mit der Sowjet-Union Neutralitätsverträge abzuschließen. Dieser Weg sei bereits beschritten und die Randstaaten würden ihn auch weiter verfolgen. Verpflichtungen, die diese Politik hindern würden, müßten von seiten der Randstaaten von vornherein abgelehnt werden.

Keine Erörterung auf der gegenwärtigen Völkerbundstagung?

Genf, 5. September. Der offiziöse Mitarbeiter des „Petit Parisien", Marcel Ray, schreibt heute in einem Genfer Blatt, der polnische Vorschlag eines Nichtangriffspaktes sei bereits auf dem letzten Pariser Kabinettsrat eingehend erörtert worden. Es handele sich hierbei jedoch nicht um einen Vertragsentwurf ähnlich dem Locarno-Pakt, sondern vielmehr um eine offizielle Erklärung, nach der die an dieser Aktion teilnehmenden Regierungen sich verpflichten sollten, nicht zu den Waffen zu greifen. Die polnische Regierung werde als erste diese Erklärung abgeben, der sich dann die anderen Regierungen anschließen würden. Marcel Ray betont jedoch, daß diese polnischen Vorschläge voraussichtlich auf der gegenwärtigen Session des Völkerbundes noch nicht zur Erörterung gelangen würden. Sie würden vielmehr auf dem Wege direkter nationaler Verhandlungen zwischen den Kabinetten weiter behandelt und vorbereitet werden. In diese Verhandlungen würde Deutschland einbezogen werden. Ein Ost-Locarno-Pakt erfordere mindestens eine ebenso sorgsame und eingehende Vorbereitung wie der Rheinpakt.

Entschiedene Ablehnung Italiens.

Zürich, 5. September. Der „Tagesanzeiger" meldet aus Mailand: Italien lehnt den Nichtangriffspakt Polens kategorisch ab. „Corriere della Sera" schreibt heute: Wer heute noch daran glaube, große Schicksals- und Zukunftsfragen der Völker ohne die dahinterstehenden Machtmittel entscheiden zu können, der sei ein geistig Armer, der nichts aus den letzten Jahrzehnten gelernt habe. Die Mächte, die heute am lautesten nach einem Verbot des Angriffskrieges schreien, hätten besser getan, sich 1914 darauf zu besinnen. Der „Tagesanzeiger" fügt hinzu, die Stellungnahme Italiens werde nicht verfehlen, in Genf Eindruck zu machen.

Vollversammlung des Völkerbundes.

Präsidentenwahl.

Genf, 5. September. Um 10,30 Uhr fand die Eröffnung der achten ordentlichen Session des Völkerbundes statt. Wie alljährlich, haben sich die Delegationen der 52 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf vereinigt. Die Stadt zeigt das übliche Bild der großen Völkerbundstagung. Die meisten Delegationen sind erst im Laufe des Sonntags, viele sogar erst Montag früh eingetroffen. An der Spitze der englischen Delegation sieht man Chamberlain und Onslow, dagegen fehlt die seit Jahren so bekannte Erscheinung Lord Robert Cecils. Auf der französischen Bank sieht man die bekannten Köpfe Briands, Loucheurs und Paul Boncours. Die deutsche Delegation, die diesmal zum zweiten Male an der Vollversammlung des Völkerbundes teilnimmt, weist beinahe die gleiche Zusammensetzung auf wie im vorigen September, als der feierliche Aufnahmebeschluß Deutschlands in die Bundesversammlung erfolgte. Der Rückblick auf die einjährige Mitarbeit Deutschlands am Völkerbund zeigt, wenn sich auch keine großen Entscheidungen ereigneten, doch eine äußerst aktive Teilnahme Deutschlands an den Arbeiten des Bundes auf den verschiedensten Gebieten. Leer bleibt auch diesmal wieder der Sitz Argentiniens. Unbesetzt ist auch der Sitz Spaniens. Die diesjährige Tagung der Bundesversammlung kann kaum als inhaltsreich bezeichnet werden: eine große Zahl der üblichen Kommissionsberichte, eine große Reihe von verwaltungstechnischen Finanzfragen, kaum eine Frage weitgehenden politischen Charakters außer dem Abrüstungsproblem, das gegenwärtig infolge der von der polnischen Regierung eingeleiteten Aktion völlig im Mittelpunkt des Interesses steht. Die Probleme Abrüstung, Sicherheit sind hierdurch wiederum auf das äußerste aktuell geworden und beherrschen die Situation. In erster Linie ist es neben Sowjet-Rußland, das ja außerhalb der Genfer Atmosphäre steht, Deutschland, das von dieser Diskussion unmittelbar berührt wird. Mit größter Spannung sieht man in Völkerbundskreisen den bevorstehenden Debatten über die Abrüstungsprobleme entgegen. Die allgemeine Aufmerksamkeit ist auf die Haltung gerichtet, die Dr. Stresemann in diesen Debatten einnehmen wird. Die Gedankengänge des Locarno- und des Rheinpaktes scheinen völlig verschwunden. Die vorläufig noch ungelösten Ostprobleme stehen im Vordergrund.

Villegas Ansprache.

Genf, 5. September. In seiner in französischer Sprache gehaltenen Eröffnungsrede schilderte Villegas in großen Zügen die einzelnen Gebiete, auf denen der Völkerbund im Laufe des letzten Jahres tätig gewesen ist und wandte sich dann in längeren Ausführungen dem Abrüstungsproblem zu. Der schleppende Gang in den Abrüstungsverhandlungen sei mit Recht allgemeiner Kritik unterzogen worden. Drei große Nationen hätten sich in Genf vereinigt in dem energischen Willen, ihre schweren durch die Rüstungsausgaben verursachten Steuerlasten durch ein gemeinsames Abrüstungsabkommen zu vermindern und neue Sicherungen für den Frieden zu finden. Jedoch die Schwierigkeiten dieses Problems haben es nicht ermöglicht, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Die Erfahrungen des letzten Jahres auf dem Gebiete der Abrüstungstätigkeit hätten gelehrt, daß man nur in Etappen vorwärtsgehen könne. Der Völkerbund habe sich besonders eingehend diesem so schwerwiegenden und entscheidenden Problem gewidmet. Die vorbereitende Abrüstungskommission habe bereits in großer Linie die Grundzüge festgelegt, auf denen eine künftige Abrüstungskonvention aufgebaut werden könne. Die zweite Lesung des Konventionsentwurfes stehe nahe bevor. Die Seeabrüstungskonferenz wiederum habe die Notwendigkeit sorgsamer diplomatischer und technischer Vorbereitung der Abrüstungskonferenz bewiesen. Präsident Villegas ging sodann auf den finnländischen Vorschlag ein, die Völkerbundsartikel 16 und 11 zu interpretieren und zu erweitern. Das Problem, welche Völkerbundsmaßnahmen die Krisenzeiten verlangen, hänge aufs engste mit den Problemen der Sicherheit und der Abrüstung zusammen. Der Schiedsgerichtsgedanke fordere von neuem volle Beachtung. Bereits die vorjährige Völkerbundsversammlung habe allen ihren Mitgliedern die Schiedsgerichtspolitik empfohlen. Die Versammlung müsse diese noch mehr fördern. Die Kritik, die in letzter Zeit der Völkerbund erfahren habe, dürfe nicht zu weit gehen. Der Völkerbund stelle bereits im internationalen Leben eine Autorität dar. Nur die engste Solidarität der moralischen und materiellen Völkerinteressen wird dem Geist des Völkerbundspaktes die wahre Geltung verschaffen können. Hier habe die Arbeit der Weltpresse einzusetzen. Wenn eine Debatte über die Tätigkeit des Völkerbundes stattfinden würde, so würde sie hier nur zum Schluß beweisen, daß der Völkerbund schon heute ein lebensfähiger Organismus sei.

Guani Präsident.

Genf, 5. September. Nach einstündiger Pause nahm die Völkerbundsversammlung heute mittag um 2 Uhr ihre Beratungen wieder auf. Inzwischen war die Kommission zur Prüfung der Vollmachten zusammengetreten. Bevor die Wahl des Versammlungspräsidenten begann, gab der japanische Delegierte, Botschafter Adatschi, eine kurze Erklärung ab, in der er mitteilte, daß er eine Kandidatur für den Präsidentschaftsposten nicht aufgestellt habe und eine Wahl auch ablehnen müßte. Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl des Präsidenten, die so vor sich ging, daß die ersten Delegierten jedes Landes zur Präsidententribüne gingen und in dem dort aufgestellten Stimmzettelkasten ihren Zettel einwarfen. Von 47 Stimmen wurden 24 Stimmen auf den Pariser Gesandten Uruguays Guani und 23 Stimmen auf den österreichischen Gesandten Mensdorf abgegeben. Unter allgemeinem Beifall übernahm sodann Guani den Vorsitz der Völkerbundsversammlung.

Deutscher Katholikentag.

Dortmund, 5. September. Die am Sonnabend eröffnete 66. Generalversammlung der deutschen Katholiken wies einen Massenbesuch auf, wie er bei früheren Katholikentagen selten zu verzeichnen war. Die Straßen Dortmunds waren in ein Flaggenmeer getaucht. Nach einem Begrüßungsabend am Sonnabend fand am Sonntagvormittag ein Festgottesdienst auf der „Roten Erde" statt. Im Anschluß an den Festgottesdienst fand in der Westfalenhalle die erste geschlossene Versammlung des Katholikentages statt. Zum ersten Präsidenten der Tagung wurde unter großem Beifall Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald gewählt. An den Papst wurde ein Huldigungstelegramm abgesandt, in dem die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit des Papstes gefordert wird. Fürst zu Löwenstein begründete dann eine Entschließung, die einstimmig angenommen wurde und der „Katholische Schulen für katholische Kinder" fordert.

Um 9,30 Uhr begann in der Westfalenhalle die Generalversammlung der katholischen Schulorganisation, in der

Reichskanzler Dr. Marx

seine schulpolitische Programmrede hielt. Er führte unter anderem aus: Die erste und dringendste Aufgabe der katholischen Schulbewegung ist, heute bei den bevorstehenden Verhandlungen über das Reichsschulgesetz dafür zu sorgen, daß die berechtigten Wünsche der deutschen Katholiken erfüllt werden. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß dies gelingen wird, wenn man auf allen Seiten gewillt ist, mit den großen Grundrechten, die wie gewaltige Quader in unsere Verfassung hineingesenkt sind, dem Elternrecht und der Gewissensfreiheit Ernst zu machen. Wer diese großen Grundsätze antastet, der rüttelt an den Fundamenten des Staates. Das Recht der Eltern auf die Erziehung der ihnen von Gott anvertrauten Kinder ist das primäre. Das Recht des Staates auf die Schule soll in den berechtigten Grenzen in keiner Weise bestritten oder eingeengt werden. Das Wohl des Staates und der Allgemeinheit kann aber nicht gewahrt bleiben, wenn der Staat in das Recht der Eltern und das Gewissen eingreift. Unheilvoller Kampf wäre die Folge. Wahrung der Elternrechte und der Gewissensfreiheit in Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Schulgebiete bedeutet gleichzeitig die beste Förderung des Staatswohles. An diesem durch die Geschichte richtig bestätigten Grundsatz kann und darf auch die Schulgesetzgebung des Reiches nicht vorbeigehen. Immer und immer wieder haben wir betont, daß wir für uns keine anderen Staatsbürgerrechte verlangen, als wir sie auch anderen zuzugestehen bereit sind. Wenn also diejenigen, die mit uns nicht einer Weltanschauung sind, Schulen dieser Weltanschauung, wenn andere die Gemeinschaftsschule fordern, werden wir ihnen nicht im Wege stehen. Freiheit und Gerechtigkeit für alle soll die große Losung sein. Erst dann wird Schulfriede in unserem Volke werden, den wir so dringend notwendig haben, damit wir aus der Zeit des Haders heraus zur positiven Arbeit kommen. Die Schule müßte die populärste Angelegenheit in unserem Volksstaate sein. Nur wenn alle Faktoren, die an der Schule beteiligt sind, wenn Eltern, Kirche, Lehrer und Staat sich die Hand reichen und einträchtig überlegen und sorgen für das Wohl unserer Kinder, nur dann wird die Schule zu dem gestaltet, was sie unbedingt sein muß. Wir Katholiken sperren uns auch nicht gegen eine Reform der Lehrerbildung. Alles was sie tut, um theoretisch und praktisch gründlich gebildete Lehrer und Lehrerinnen heranzubilden, zu dem sagen die deutschen Katholiken ein frohes Ja.

„Hindenburg für alle Deutschen ein leuchtendes Vorbild.

Dortmund, 5. September. Im Rahmen des Katholikentages fanden am Sonntag eine Reihe von Nebenveranstaltungen statt, unter anderem eine große Kundgebung der katholischen Arbeitervereine, die so starken Besuch aufwies, daß die Westfalenhalle wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußte, als noch viele Tausende Einlaß begehrten. Auch hier hielt Reichskanzler Dr. Marx eine kurze Ansprache, in der er besonders die Persönlichkeit des Reichspräsidenten von Hindenburg würdigte, als eines Mannes, der in treuer Pflichterfüllung allen Deutschen ein leuchtendes Vorbild sein könne.

Eine Rede Seipels.

Dortmund, 5. September. Von besonderem Interesse war am Montagnachmittag eine Rede des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel über: „Arbeit und Kapital in christ-

licher Auffassung". Er führte u. a. aus: Die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital ist nach der Ansicht vieler die große Aufgabe, die unsere Zeit oder die ihr zunächst folgende zu lösen haben wird. Ich stimme denen, die so denken, bei. Arbeit und Kapital sind die beiden Säulen, auf denen unser ganzes Wirtschaftsleben ruht. Nun ist das Wirtschaftliche heute viel mehr in den Mittelpunkt des Lebens und Denkens gerückt als je. Wir glauben, daß wir an einer Bruchstelle der Zeit leben. Das donnernde, welterschütternde Krachen alles dessen, was im Kriege und in der Nachkriegszeit zusammenbrach, hat uns diesen Glauben eingeflößt. Die Katholiken haben zurzeit noch keine einheitliche Meinung in dieser Sache. So viele sagen zu jedem Bestreben, die Menschheit in wirklich neue Wirtschaftsformen hineinzuführen, ganz entschieden nein. Auf der anderen Seite erfüllt andere Katholiken ein ernstes Bangen, wenn sie ihre Glaubensgenossen an einer großen Zeitwende nur konservativ sehen. Die so empfinden, verlangen mit großer Ungeduld, daß die besten Katholiken Bannerträger einer neuen Ordnung, damit zugleich aber auch Führer auf dem Wege werden, der zu dieser führt. Wer hat nun recht? Unrecht hat immer der Fanatiker, sei er ein Rechts- oder Linksfanatiker. Unrecht hat der Träge und Gleichgültige, der nicht mitarbeiten will an der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen, gerade, wenn er als Katholik so handelt. Denn es ist nicht erlaubt, die armen Mitmenschen nur auf den Himmel zu vertrösten, wenn ihnen auf Erden geholfen werden kann. Um zwischen den Extremen den rechten Mittelweg zu finden, bedarf es der Klarheit für den Verstand, der Bereitschaft für den Willen. Lassen Sie mich für die Herstellung des richtigen Verhältnisses zu Arbeit und Kapital einige Grundsätze aussprechen. Eine gefährliche Irrlehre schlummert in der modernen Ueberschätzung der Arbeit. Es ist nicht wahr, daß die Arbeit für sich allein Güter und Werte schafft. Was der Mensch für sein Leben braucht, ist in erster Linie ein Geschenk Gottes. Mit der Ueberschätzung der Arbeit verbindet sich gar leicht Herabsetzung und Entwertung der Arbeit. Wer die Arbeit nicht überschätzt, schätzt sie und schützt sie in Wahrheit mehr. Er schreibt ihr zwar nicht die Ehre zu, allein die Güter zu schaffen, aber er anerkennt das Recht des Arbeitenden über jenen Teil, der seiner Arbeit entstammt und entspricht. Ohne brutalste Gewalt und ohne gewaltiges Unrecht läßt sich nicht ein früherer Zustand der Güterverteilung herstellen. Er würde auch die früheren Menschen nicht wiederfinden, denn die Menschen haben sich geändert. Eine Wirtschaftsordnung, die durch sich selbst, nach Art einer Maschine, Gerechtigkeit und Liebe verbürgt, gibt es nicht. Der Geist ist es, der lebendig macht, auch im sozialen Leben. Unter allen Götzen ist der grausamste, aber leider modernste Götze der sich sozial nennende, in Wahrheit aber nur papierne Doktrinarismus. Der Christ kann einem solchen nicht verfallen, ohne dem Christentum untreu zu werden. Gibt es eine christliche Wirtschaftsordnung? Nein und Ja. Im Sinne eines Schemas nein. Je nachdem, ob sich mehr oder weniger vollkommen der Geist der Gerechtigkeit und Liebe in ihr ausdrückt, gibt es eine christliche Wirtschaftsordnung. Aber ich glaube nicht, daß eine der historischen Phasen der Wirtschaftsgeschichte das Privilegium für sich hat, restlos das Ideal verwirklicht zu haben. Wenn wir einen grausamen und unchristlichen Kapitalismus kennengelernt haben, dürfen wir nicht glauben, ein jede Anerkennung und Geltung des Kapitals bekämpfender Sozialismus werde das Heil bringen. Er ist in nicht geringerer Gefahr, grausam und unchristlich zu werden. Das Gesetz für uns heißt aber: „Bereit sein für jeden Weg, der aufwärts zu führen verspricht!" — Auf einem Kommers kam Dr. Seipel auf den großdeutschen Gedanken zu sprechen und sagte, das Wort Bruder habe einen besonders schönen Klang für diejenigen Deutschen, die außerhalb des Deutschen Reiches leben.

Vermischtes.

Ein Fall Angerstein in Amerika. In Youngstown (Ohio) erschoß ein arbeitsloser italienischer Stahlarbeiter zunächst seine Frau, dann seine drei Töchter und drei Enkelkinder und verwundete schwer seine Schwiegertochter, zwei Nachbarn und einen der Polizisten, die ihn verhafteten.

Zwei französische Flieger verbrannt. Gestern früh schlug in der Nähe des Militärflugplatzes La Malmaison (Aisne) ein Flugzeug, das einen Uebungsflug nach Metz ausführen wollte, infolge dichten Nebels so heftig auf den Erdboden auf, daß es in Flammen aufging. Beide Insassen, ein Unterleutnant und ein Sergeant, verbrannten.

Eisenbahnunglück bei Harburg. Auf der Strecke Buchholz—Soltau ereignete sich am Sonnabend ein schweres Eisenbahnunglück. Infolge Verwerfung der Gleise entgleiste die Lokomotive eines Personenzuges, gerade als der Zug einen Tunnel passierte. Die beiden nachfolgenden Wagen wurden ineinandergeschoben und gegen die Tunnelwand gepreßt. Bei dem Unglück wurde der Hamburger Kaufmann Kayser getötet, fünf Reisende wurden schwer und viele leicht verletzt. Aus Harburg wurden zwei Hilfszüge an die Unfallstelle entsandt, und auch die Harburger Feuerwehr rückte zur Hilfeleistung aus.

Zugzusammenstoß in Amerika. In Princeton (Indiana) stieß ein Personenzug mit einem mit Kohlen beladenen Güterzug zusammen. Vier Personen wurden getötet, ungefähr zwölf verwundet.

Eine Feuerwerkskörperfabrik in die Luft geflogen. Bei einer Explosion in einer Feuerwerkskörperfabrik in der Vorstadt San Martin der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires kamen elf Personen zu Tode. Die Fabrik selbst wurde durch ein infolge der Explosion entstandenes Feuer völlig zerstört.

Das Hochwasser in Galizien im Fallen. Nach Meldungen aus Ostgalizien ist der Wasserstand bei sämtlichen über ihre Ufer getretenen Flüssen erheblich gefallen. Bei der Stadt Stryi ist der Wasserstand bereits einen Meter niedriger. Die Regenfälle in den Karpathen haben wesentlich nachgelassen und zum Teil gänzlich aufgehört.

Merkwürdige Vorfälle im Stadttheater Thorn. Im Thorner Stadttheater hat sich jüngst eine Reihe unglücklicher Zwischenfälle ereignet. Als eines Tages auf der Bühne ein Schauspieler ohnmächtig zusammenbrach, mußte die Vorstellung unterbrochen werden: der Theaterarzt vermochte nur den inzwischen eingetretenen Tod des Künstlers festzustellen. Als ein Kollege des so jäh aus dem Leben Geschiedenen, der Schauspieler Leosanski, den Zuschauern dies bekanntgeben wollte, bekam er plötzlich auf der Bühne einen Tobsuchtsanfall. Als daraufhin das anwesende Publikum fluchtartig das Theater verließ, ertönten kurz hintereinander fünf Schüsse, und gleich darauf stürzte der Schauspieler Poponiz blutüberströmt auf die Straße und sprang dann in die Weichsel, wo er den Tod fand.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich unlängst auf einem Schnellzug zwischen Barcelona und Paris zugetragen. Dicht hinter der erstgenannten Stadt begab sich der Heizer auf den Tender, um Kohlen zu holen. Im gleichen Augenblick durchfuhr der Zug eine Unterführung, und dem Heizer wurde der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt. Der Verunglückte fiel dem Lokomotivführer vor die Füße, der vor Schreck einen Nervenschock erlitt.

Im Wannenbad sich ertränkt. Ein als Alkoholiker bekannter Einwohner von Suhl (Provinz Sachsen) ließ sich in der städtischen Badeanstalt dort ein Wannenbad anweisen. Er legte sich in die Wanne und ließ so viel Wasser in diese hineinlaufen, daß er ertrank.

Der verlorene Anhänger. Eine größere Zahl Einwohner von Milow (Mark) hatte in einem Postauto mit Anhänger einen Ausflug nach Rathenow unternommen. Schon kurz hinter Milow löste sich infolge Bruches der Kuppelungsstange der Anhänger vom Auto. Steuerlos sauste dieser hinter dem Auto her, da die Landstraße hier ein Gefälle aufwies, ohne daß von einem Fahrgast der Vorfall bemerkt worden war. Erst als der Anhänger von der Landstraße in den Graben und gegen einen Gartenzaun fuhr, ertönten Angstschreie. Wie durch ein Wunder kamen indes sämtliche Fahrgäste mit dem Schrecken davon. Im Kraftwagen wurde der Anhänger erst vermißt, als man in einer scharfen Kurve langsam fahren mußte.

31. Pommerscher Städtetag.

Die Hauptversammlung.

Der Pommersche Städtetag trat am Montag im Löwenschen Saale des Stralsunder Rathauses zu seiner 31. Hauptversammlung zusammen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender eröffnete Oberbürgermeister Dr. Ackermann (Stettin) die Tagung mit der erfreulichen Feststellung, daß zum 31. Pommerschen Städtetag die Vertreter der pommerschen Städte zahlreicher als je herbeigeeilt seien. Der Vorsitzende begrüßte darauf die Ehrengäste, an ihrer Spitze Oberpräsident Lippmann, die Vertreter der drei Regierungspräsidenten, Vizepräsident Freiherr v. Roessing (Stralsund), Oberregierungsrat Dr. v. Haber (Stettin), Regierungsrat Bethge (Köslin), Landeshauptmann v. Zitzewitz als Vertreter der Provinzialverwaltung, den Beigeordneten Dr. Loeser als Vertreter des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Heydemann (Rostock) als Vertreter des Mecklenburgischen Städtetages, außerdem den Vertreter der pommerschen Landesuniversität Greifswald, Professor Dr. Pernice, und gedachte sodann der beiden Ehrenmitglieder des Städtetages, Oberbürgermeister a. D. Zielke (Stolp) und Oberbürgermeister Gronow (Stralsund), unter dessen langjähriger Geschäftsführung die Stadt Stralsund zu ihrer heutigen Blüte emporgestiegen ist, und widmete dann noch Begrüßungsworte den Vertretern der Presse.

Oberpräsident Lippmann

betonte in seiner Begrüßungsrede, die Bedeutung der Städtetage liege nicht allein darin, daß sich auf ihnen die Städte gegenseitig verständigten und informierten, sondern ganz besonders auch darin, daß den Vertretern der Staatsregierung die Möglichkeit geboten werde, die Leiden und geringen Freuden, die augenblicklich den Städten zuteil werden, von Mensch zu Mensch und von Mund zu Mund zu hören. Die Ernte sei durch die ungünstige Witterung der letzten Wochen zu einer Katastrophe geworden. Stadt und Land seien wie die siamesischen Zwillinge aufeinander angewiesen; des einen Leid sei das Leid des andern, und so würde durch die Not der Landwirtschaft in Pommern auch die Not der Städte steigen. Die städtische und soziale Not sei das Problem, an dem ständig gearbeitet werden müsse. Die Aufgaben der Städte mehrten sich fortgesetzt. Die Erwartung, daß den Städten die höheren Zuschläge zur Einkommensteuer wieder gewährt würden, habe sich auch in diesem Jahre nicht erfüllt. Die Städte seien das fortschreitend treibende und mehrende Element im Staate. Zurzeit sei die Freiheit der Städte beengt. Bei der Festsetzung der Steuern schritten die Städte zu Steuern, die in ihrer Art und in ihrem Umfange zu einer Gefahr für die Städte werden können. Das gelte namentlich für die Erhöhung der Gewerbesteuerzuschläge. Hier sehe es vielfach so aus, als wenn die Henne geschlachtet werden soll, die die goldenen Eier legt. Die Steuern dürften nicht so angespannt werden, daß sie für die Wirtschaft tödlich wirken. Die städtische Wirtschaft müsse leben und gedeihen können. Der Oberpräsident schloß mit dem Wunsche, daß den Städten die Freiheit ihrer Finanzen baldmöglichst zurückgegeben würde, und daß sie von diesem Recht maßvollsten und besten Gebrauch machten. Dann würden die Städte die Träger des Fortschrittes im Lande bleiben. Redner betonte noch, daß er auch im Namen der abwesenden drei Regierungspräsidenten gesprochen habe.

Landeshauptmann v. Zitzewitz

überbrachte die Wünsche und Grüße der Provinzialverwaltung. Städte und Provinz seien unlösbar miteinander verbunden. Redner ging auf die Tariffragen der Ueberlandzentrale Pommern ein, die die ureigenste Angelegenheit der Provinz darstellten. Der Ausfall der Ernte in diesem Jahre verhindere nicht nur eine Gesundung der provinzialen Wirtschaft, sondern lasse eine weitere Verschuldung der Landwirtschaft befürchten. Die Provinzialverwaltung habe sich immer mehr bemüht, die Provinzialsteuer so niedrig wie möglich zu halten. Leider werde es sich nicht umgehen lassen, die Steuern zu erhöhen, allein schon aus dem Grunde, weil die Provinzialverwaltung die Unterhaltung und den Ausbau der Hauptverkehrsstraßen in Pommern als neue Aufgabe übernommen hat.

Namens des Mecklenburgischen Städtetages überbrachte Oberbürgermeister Dr. Heydemann (Rostock) nachbarliche Grüße und Wünsche. Universitätsprofessor Dr. Pernice (Greifswald) bat darum, daß die pommerschen Städte sämtlich Mitglieder des Vereins der Freunde und Förderer der Universität Greifswald werden und die Greifswalder Studentenhilfe unterstützen möchten.

Oberbürgermeister Dr. Ackermann dankte den Rednern und erstattete darauf den

Jahresbericht.

Der Vorsitzende betonte einleitend, daß er dabei an der politischen Lage als der Ursache unserer ganzen Not nicht vorübergehen könne. Für uns gelte es jetzt in allen Dingen Zeit zu gewinnen, bis die Ungeheuerlichkeit des Friedensdiktats von Versailles geändert werde. Ueber der Parteizerklüftung des deutschen Volkes, die uns alle bedrückt, stehe die verehrungswürdige Person des Reichspräsidenten von Hindenburg. Alle Teile des Reiches rüsten, den 80. Geburtstag des Reichspräsidenten würdig zu begehen. Es sei ein wahrer Fluch, daß auch dieser Tag zu Parteihader und Zwistigkeit Anlaß gebe. Redner erörterte die Gründe, die zu dem ursprünglichen Beschluß des Städtetages in dieser Angelegenheit führten, und berichtete über die Wandlungen, die zur Folge hatten, daß sich die deutschen Städte doch noch an der Hindenburgspende beteiligten. Redner streifte in seinen Ausführungen die wirtschaftliche Lage, die in der Handelsbilanz ihren deutlichen Ausdruck finde, und all die Probleme, die die deutschen Städte zurzeit am meisten beschäftigen: Steuerausgleich, Finanzausgleich, Reichsschulgesetz und die neue Städteordnung, die fast nur Verschlechterungen und ganz wenig Verbesserungen bringt.

Im Anschluß an den Kassenbericht schlug Oberbürgermeister Dr. Ackermann vor, den Jahresüberschuß wie folgt zu verwenden: 3000 Mark als Beitrag des Pommerschen Städtetages zur Hindenburg-Spende, je 1000 Mark an den Verein der Freunde und Förderer der Universität Greifswald und die Greifswalder Studentenhilfe, 2000 Mark als Grundstock für die Herausgabe eines pommerschen Städtehandbuches, dessen Herstellung auf insgesamt 6000 Mark veranschlagt ist. 4000 Mark sollen in den Etat für 1928 eingestellt werden. Stadtverordneter Schumann (Soz.) und Stadtverordneter Czarnecki (Komm.), beide Stettin, erklären sich gegen die Beteiligung des Städtetages an der Hindenburgspende. Czarnecki ist auch gegen die Unterstützung der Greifswalder Bestrebungen. Die Mehrheit des Städtetages stimmte jedoch dem Vorschlag des Vorsitzenden zu. An den Reichspräsidenten wurde folgendes Telegramm abgesandt:

Der in Stralsund tagende Pommerscher Städtetag grüßt in Treue und Ehrerbietung den Herrn Reichspräsidenten an der Schwelle des neunten Jahrzehnts seines Lebens, die er in Kraft und Gesundheit überschreiten möge, um noch lange über allem Parteiwesen ein ehrwürdiges Symbol der heiligen Einheit von Volk und Vaterland zu sein. Der Pommersche Städtetag hat beschlossen, neben dem Beitrag seiner einzelnen Mitgliedstädte aus der gemeinsamen Kasse einen Betrag von 3000 Mark zur Hindenburgspende zu überweisen.

gez. Ackermann, Oberbürgermeister von Stettin.
Heydemann, Oberbürgermeister von Stralsund.

Ueber die neue Städteordnung und den gegenwärtigen Stand der parlamentarischen Behandlung dieser Vorlage berichtete der Vertreter des Deutschen Städtetages, Beigeordneter Loeser in überaus sachkundiger Weise.

Ueber kommunale Finanz- und Steuerfragen sprachen darauf Stadtkämmerer Duhmer (Stettin) als Berichterstatter und Oberbürgermeister Dr. Leschke (Swinemünde) als Mitberichterstatter. Ersterer behandelte in großen Zügen das Gesamtergebnis der heute die deutschen Städte bewegenden und an die Grundfesten der Selbstverwaltung rührenden kommunalen Finanz- und Steuerfragen, jedoch im wesentlichen vom Standpunkte der kreisfreien Städte aus. Oberbürgermeister Dr. Leschke befaßte sich im besonderen mit einer Reihe finanzieller und steuerlicher Fragen, die im Mittelpunkt der Arbeit der kleineren kreisangehörigen Städte stehen. Der Städtetag legt seine Anschauungen und Forderungen in dieser Frage in folgenden Entschließungen nieder:

Der Pommersche Städtetag betrachtet mit Sorge die finanzielle Zukunft der Stadtgemeinden, die durch fortgesetzte Unterhöhlung ihrer Haupteinnahmequelle schwer bedroht ist. Das trifft auf die pommerschen Stadtgemeinden um so mehr zu, als deren finanzielle Kraft durch die schlechte Wirtschaftslage in der Landwirtschaft und im Schiffahrts-, Schiffbau- und Fischereigewerbe geschwächt ist, und als nicht nur der östlichste Teil der Provinz, sondern die ganze Provinz infolge der Verschiebung und Absperrung der Landesgrenzen als Grenzprovinz unter dem Wandel der Verkehrs- und Handelsbeziehungen zu den westpreußischen, posenschen und oberschlesischen Nachbargebieten zu leiden hat. Der Pommersche Städtetag erhebt deshalb Widerspruch gegen die Art und Weise, wie durch das dem Reichsrat vorgelegte Steuervereinheitlichungsgesetz erneut in die Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden eingegriffen werden soll. Er stellt in den Vordergrund den Antrag, dieses Gesetz erst mit dem endgültigen Finanzausgleich und mit der Gewährung der gemeindlichen Einkommensteuerzuschläge durchzuführen.

In der Nachmittagssitzung kamen zunächst die Tarife der Ueberlandzentrale Pommern zur Behandlung. Es sprachen darüber Direktor Petri von der Ueberlandzentrale Pommern als Berichterstatter und Stadtbaurat Xaver Meyer (Stettin) als Mitarbeiter. Wie alljährlich berichtete sodann Stadtrat Dr. Franckenstein (Stettin) über die pommerschen Kommunalbeamtenschulen. Ueber städtebauliche Beratung sprach Stadtbaurat Dr. Weishaupt (Stettin). Im Zwischenteil seiner Ausführungen ging der Berichterstatter auf besonderen Wunsch des Vorstandes des Pommerschen Städtetages auf die jetzt allenthalben stark bemerkbar werdenden Bestrebungen ein, das Städtebild durch Farben zu beleben. Redner streifte die für Farbengestaltung des Städtebildes zu beobachtenden Richtlinien und die hierfür einschlägigen gesetzlichen und baupolizeilichen Bestimmungen. Er unterstützte seinen Vortrag durch anschauliche Lichtbilder und fand damit bei der zahlreichen Versammlung starken Beifall.

Der Begrüßungsabend am Sonntag.

Wie üblich leitete ein Begrüßungsabend auch den 31. Pommerschen Städtetag ein. Der Löwensche Saal des Rathauses mit seiner wundervollen kassetierten Holzdecke und den Bildern preußischer Herrscher und der drei Hohenzollernkaiser lieh ihm den festlichen Rahmen. Die Fülle der Gäste war so groß daß der geräumige Saal sie nicht zu fassen vermochte. Namens der Stadt Stralsund entbot Oberbürgermeister Heydemann den Vertretern der Pommerschen Städte und ihren Damen in launiger und herzlicher Rede ein herzliches Willkommen. Den Dank der Gäste für die Begrüßung übermittelte Oberbürgermeister Dr. Ackermann (Stettin). Als dritter Redner sprach Oberpräsident Lippmann. Er versicherte, die Wechsel die Stralsund auf die Zukunft zu ziehen sich anschicke, einlösen zu wollen, allerdings dürften es keine Wechsel auf kurze Sicht sein, auch müßten sie gehörig prolongiert werden.

Oberstudiendirektor Dr. Preußner (Stettin) bat die Vertreter der Städte um Unterstützung des pommerschen Jugendherbergswerkes und brachte einen Antrag ein, wonach die pommerschen Städte 5 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung in den Etat für diesen Zweck einsetzen sollten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Dr. Heydemann (Stralsund) empfahl noch einmal die Unterstützung des Vereins der Freunde und Förderer der Universität Greifswald und der Greifswalder Studentenhilfe. Ueber letztere gab Universitätsprofessor Dr. Glar noch interessante Ausführungen. Der Vorstand des Städtetages beschloß, seinen Mitgliedern die Unterstützung der beiden Greifswalder Anstalten nahezulegen.

Vom Verein für Kriegsgräberfürsorge war außerdem der Antrag gestellt, auch seine Bestrebungen zu unterstützen. Für diesen Antrag setzte sich in temperamentvoller Weise Stadtrat Thelemann (Stettin) ein. Der Städtetag beschloß, auch den Antrag des Vereins für Kriegsgräberfürsorge bei seinen Mitgliedern zu befürworten.

Es fanden dann die Wahlen der Abgeordneten und der Stellvertreter zum Hauptausschuß des Deutschen und des Preußischen Städtetages und zum Plenum der beiden Städtetage statt. Einladungen zu dem nächstjährigen Städtetag wurden von Labes und Köslin eingebracht. Nachdem die Kösliner Einladung schon vor Jahren einmal ergangen war, wurde beschlossen, den nächstjährigen Städtetag im Juni in Köslin abzuhalten. Der Vorsitzende Dr. Ackermann schloß darauf mit Worten des Dankes an die Referenten den 31. Pommerschen Städtetag.

Stadt. Kreis. Provinz

Tagung der Kreissynode Stolp-Altstadt.

Die Kreissynode begann, wie bereits kurz mitgeteilt, am Mittwoch, den 31. August, morgens 9 Uhr mit einer Andacht des Pastors Gehrke. Dann eröffnet der stellvertretende Vorsitzende Pastor Bottke die Verhandlungen und überbringt die Grüße des verhinderten Generalsuperintendenten D. Kalmus. Superintendent i. R. D. Witte begrüßte persönlich die Synode, indem er an Stoeckers Ideal:

„Volkskirche statt Staatskirche"

erinnert und neben dem starken „Willen zur Kirche" die Losung: „Durch" proklamiert. Dann gibt Pastor Bottke in sehr eingehender Weise den Ephoralbericht über die kirchliche Entwicklung des Jahres und die kirchlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Zustände in den einzelnen Gemeinden.

In der Aussprache greift Präsident von Puttkamer-Karzin die Konkordatsfrage heraus: Diese Frage sei eine eminent politische und betreffe einen Vertrag mit der Kurie, der den konfessionellen Frieden nicht stören würde, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: 1. daß die Schulgesetzgebung fortbleibt, 2. daß die bestehenden Staatsgesetze nicht verletzt werden. Oberstudiendirektor Dr. Hadlich macht als Teilnehmer der letzten Generalsynode Mitteilung von der Stellungnahme des Oberkirchenrates und seines Präsidenten D. Kappler. Es müsse sehr scharf unterschieden werden zwischen Konkordat und vertraglicher Vereinbarung mit der Kurie. Es komme dabei ganz besonders viel auf die Formulierung und Benennung an. Ein Konkordat im genauen Sinne dieses Wortes sei eine unerträgliche Belastung des kirchlichen Lebens. Wenn der Staat nicht wie seit 1821 der preußische König ein Einspruchsrecht gegen ungeeignete Bischofswahlen behielte, oder wenn er die Ausbildung deutscher Priester an ausländischen Hochschulen (Rom) ohne Einschränkung zuließe, würde der konfessionelle Friede zweifellos beeinträchtigt. Es stünden sich drei Kräfte: die evangelische Kirche, die katholische Kirche und der entchristlichte Staat gegenüber, und die evangelische Kirche müßte in manchen Dingen besser als schwache Staatsvertreter die staatliche Vorherrschaft gegen die Uebergriffe der römischen Kurie und ihrer staatsfeindlichen Grundsätze vertreten. Aus diesen Gründen sei ein „Konkordat" unbedingt abzulehnen.

Superintendent i. R. D. Witte: Ein Konkordat unter Ausscheidung der Schulfragen gibt es für die katholische Kirche nicht. Die evangelische Kirche dagegen will unter keinen Umständen die Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht haben. In Bayern haben die Evangelischen längst eingesehen, daß es falsch war, dem bayerischen Konkordat zuzustimmen. Der Name Konkordat ist durch die Jahrhunderte festgelegt und bedeutet darum eine ernste Gefahr. Wir Evangelischen müssen bei allen Verhandlungen das reine Gewissen wahren.

Präsident von Puttkamer: Unter den vorher genannten zwei Bedingungen ist es ausgeschlossen, daß ein Ausländer einen deutschen Bischofssitz bekommt. Statt „Konkordat" sollte lieber „Vertrag" gesagt werden. Wir sind angewiesen auf gemeinsames Vorgehen mit der katholischen Kirche gegenüber dem entchristlichten Staat. Wir dürfen aber unsere evangelische Sache nicht für zu schwach halten.

Pastor Lic. Steffen: Wenn die Politik meint, auf den Namen „Konkordat" komme es nicht an, aber die ganze evangelische Kirche erklärt, es komme auf den Namen ganz besonders an, warum lassen dann unsere evangelischen Politiker den Namen „Konkordat" nicht völlig fallen? Man gewinnt den Eindruck, daß bei allen Verhandlungen der evangelische Teil vielen Listen und Winkelzügen von der anderen Seite ausgesetzt ist.

Geh.-Rat Spiecker: Als alter Historiker stimme ich den Vorrednern Hadlich, Witte und Steffen bei. Bei den nächsten Wahlen wird das Wort „Konkordat" eine große Rolle spielen. Ich schlage vor, daß wir uns der Erklärung der Generalsynode anschließen, die gegen den Abschluß eines Konkordats Einspruch erhebt.

Präsident von Puttkamer: Ich habe keine Bedenken gegen diese Erklärung. Es steht durchaus nicht fest, ob der Name „Konkordat" bleiben wird. Nach den letzten Mitteilungen des Grafen Westarp soll es sich

nur um einen Staatsvertrag

handeln, bei dem nach Auffassung der Deutschnationalen Volkspartei der Name „Konkordat" vermieden werden müsse.

Pastor Bottke macht auf die große finanzielle Belastung aufmerksam, die mit einem Konkordat verbunden sein würde. Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Erklärung der Generalsynode einstimmig angenommen.

Aus den noch folgenden interessanten Verhandlungen, die sich bis vier Uhr nachmittags ausdehnten, sei nur das Wichtigste angeführt: Pastor Langkutsch, Stettin, hielt einen sehr lebendigen Vortrag über das Thema: „Die Zusammenarbeit der kirchlichen mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege".

Das dritte Verhandlungsthema lautete: „Was können und müssen die Kirchengemeinden und Kreissynoden zur Behebung der Notlage der Heidenmission tun". Pastor Wendt hielt darüber ein umfassendes Referat und in der folgenden Aussprache wurde die Unterstützung der Mission allseitig als notwendig erklärt. Auch ein Synodal-Missionsfest soll gefeiert werden. Es wird ein Missionsausschuß gebildet, dem die Synodalen: Pastor Wendt, Pastor Steffen, Studienrätin Grigel, Rektor Bousen, Lehrer Schröder (Bessin) und Rektor Zietlow (Rathsdamnitz) angehören sollen.

Zum vierten Thema: „Kunst und Kultur" nimmt Pastor Spittel das Wort. Kunst ist Wahrheit, Kitsch ist Sünde; Kunst ist Bekenntnis und Anbetung des Ewigen, ist sogar Seelsorge. Darum muß die Kunst mehr gepflegt werden. Auch bei der Aufstellung des der Marienkirche geschenkten Mormorengels und bei den Entwürfen zum Gemeindehaus müssen künstlerische Gesichtspunkte zur Geltung kommen. — Studienrätin Grigel gibt in ihrem Bericht über den Erziehungsausschuß sehr bemerkenswerte Richtlinien zu dem Thema: „Wie kann der Jugend gezeigt werden, daß sie in der Kirche eine Gabe hat, die zur Aufgabe wird?" Pastor Spittel berichtet über seine ländlichen Freizeiten, die in Tagelöhner- und Bauernsöhnen eine neue Lebensgemeinschaft in christlichem Geist begründen wollen. Der Erziehungsausschuß empfiehlt den Muttertag und den Reformationstag durch einen besonderen Gottesdienst zu feiern.

Nach Erledigung verschiedener Verwaltungsangelegenheiten wird die Synode mit Gebet geschlossen.

★

Zu den Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Vom Provinzial-Wirtschaftsrat wird uns geschrieben:

Angesichts der ungeheuren Not der pommerschen Landwirtschaft ist es durchaus verständlich, daß einzelne Kreise und Einzelpersonen sich mit Sonderwünschen, Berichten und Notrufen nach Berlin wenden. Durch solche Maßnahmen wird aber der Arbeitserfolg der Spitzenorganisationen beeinträchtigt. Ein wirklich großer Erfolg kann nur erzielt werden, wenn das Vorgehen einheitlich von den Zentralen aus geschieht. Im Interesse der Landwirtschaft in ihrer großen Not bitten die unterzeichneten Organisationen, von Sonderaktionen abzusehen und das Vertrauen zu haben, daß nichts versäumt wird, was irgendeinen Erfolg verspricht.

In der Sitzung des Provinzial-Wirtschaftsrates vom 3. September wurde übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Einigkeit der pommerschen Landwirtschaft und die gemeinsame Arbeit ihrer Organisationen auf dem Wege zur Selbsthilfe in Verbindung mit der Unterstützung aller in Frage kommenden behördlichen Stellen den gegenwärtigen Notstand überwinden werden.

Provinzial-Wirtschaftsrat. *M.K.*

Landwirtschaftskammer — Pommerscher Landbund — Verband Pommerscher Landwirtschaftlicher Genossenschaften — Verband der Raiffeisen-Genossenschaften — Pommersche Land-Verband der Raiffeisen-Genossenschaften — Pommersche Landgenossenschaftskasse — Pommersche Generallandschaft.

★

Aus der Kreisverwaltung. Der Regierungsassessor Freiherr von Wangenheim aus Kassel ist dem Landrat des Landkreises Stolp zur Hilfeleistung in den landrätlichen Geschäften überwiesen worden.

Seinem Leben ein Ziel gesetzt hat gestern in einem hiesigen Hotel ein auswärtiger Tierzucht-Inspektor a. D.

Roheitsakt. Am letzten Freitag stieß ein 17jähriger Bursche einen achtjährigen Knaben in der Sophienstraße gegen einen Bretterzaun, in dem sich ein verrosteter Nagel befand. Dadurch erlitt das Kind erhebliche Kopfverletzungen. Gegen den rohen Patron ist Strafanzeige erstattet worden.

Verbotener Viehauftrieb. Der Regierungspräsident in Köslin hat den Auftrieb von Klauenvieh auf den am 8. September d. J. in Schlawe stattfindenden Viehmarkt verboten.

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei hält am morgigen Mittwoch im Schützenhause einen öffentlichen Sprechabend ab, auf dem der Parteigenosse Schulz-Lübeck zu dem Thema sprechen wird: „Wehe dem Volk, das heute noch träumt". Näheres besagt die Anzeige im Inseratenteile.

Militärische Erntehilfe zu Tariflöhnen. Wie bekannt wurde, haben die zuständigen Verwaltungsstellen der Provinz Pommern die Reichswehrbehörden ersucht, Erntehilfe an die Landwirte nur zu Tariflöhnen zu leisten. Es soll offenbar in jedem Falle der Anschein vermieden werden, daß die den Landwirten zur Verfügung gestellten Reichswehrsoldaten als Lohndrücker benutzt werden. Bei der Durchführung dieser Angelegenheit haben sich unerwartete Schwierigkeiten ergeben. Infolge der Maßnahmen des Chefs der Heeresleitung können die zur Erntehilfe entsandten Soldaten nicht als sogenannte Ernteurlauber angesehen werden. Sie müssen vielmehr als zur Erntehilfe kommandiert gelten und nach den geltenden Bestimmungen dürfen zu irgendwelchen Dienstleistungen kommandierte Soldaten keine besondere Entlohnung entgegennehmen. Es ist indessen zu erwarten, daß die genannten Schwierigkeiten durch Verhandlungen innerhalb der in Frage kommenden Behörden bald behoben werden.

Rummelsburg. Die Zahl der Scharlacherkrankungen hat sich in letzter Zeit ständig vermehrt. Bereits in 18 Familien ist die Krankheit festgestellt. Augenblicklich können deshalb 83 Kinder die Schule nicht besuchen.

Pustar, Kr. Kolberg. Arbeitsunfall. — Der Arbeiter P. Rakow saß beim Hafereinfahren wie üblich oben auf dem beladenen Wagen. Das Fuder geriet ins Rutschen und Rakow glitt zwischen die durchgehenden Pferde. Er wurde vom Vorder- und Hinterrad über die Brust gefahren; der Arzt stellte mehrere Rippenbrüche und eine Quetschung der Lunge fest.

Pyritz. Blutige Liebestragödie. — Landleute fanden am Sonntagvormittag auf dem Wege Naulin—Kremlin die Leichen eines jungen Mannes und eines jungen Mädchens. Ein Revolver lag daneben. Scheinbar hat der junge Mann erst das Mädchen und dann sich erschossen. Es handelt sich um einen jungen Schweizergehilfen und um ein junges Mädchen aus Kremlin. Liebeskummer dürfte die Ursache der unseligen Tat sein, die schon am Sonnabendabend geschehen ist.

Moihelfitz, Kr. Kolberg. Von der Getreidemiete gestürzt. In Drien stürzte der Landwirt August Klemp von einer Roggenmiete ab und zog sich eine Verletzung der Wirbelsäule zu, welche die Lähmung beider Beine zur Folge hatte. Klemp wurde ins Kolberger Krankenhaus gebracht.

Bad Polzin. Eine „fürstliche" Belohnung. — Die Badedame Angelika Pniower aus Berlin verlor vor einiger Zeit hier eine sehr wertvolle Brillantbrosche. Die ehrliche Finderin, die Badedame Frau F. Winter aus Berlin-Staaken, lieferte den kostbaren Schatz sofort ab. Auf Anregung der Finderin sollte die Verliererin wenigstens eine namhafte Summe für das hiesige Kinderheim stiften, wogegen sich dieselbe hartnäckig sträubte. Nach vielem Hin und Her rückte Frau Pniower endlich die „hohe" Summe von 20 Mark heraus, welche die Finderin für wohltätige Zwecke stiftete. Die Brillantbrosche aber hat mehrere Tausend Mark Wert.

Strachmin. Ein eigenartiger Unfall, der bei den jetzt im Gange befindlichen Erntearbeiten dringend zur Vorsicht mahnt, ereignete sich hier auf einem Ackerfelde. Zwei Arbeiter lehnten sich, um auszuruhen, an den neben einer Kornmiete stehenden, mit Starkstrom betriebenen Elevator, wobei sie zum Unglück eine Eisenschiene als Stütze benutzten. Als das Stromkabel an den Motor angeschlossen wurde, erhielten die beiden Leute einen Schlag, der sie weit wegschleuderte. Der 23 Jahre alte Arbeiter Gärtner war sofort tot, sein Kamerad Völz wurde schwer verletzt.

Belgard. Ein dreijähriges Kind erschlagen. — Bei Bauarbeiten war auf dem Hofe ein schwerer Scheunentorflügel ausgehoben worden. Man hatte ihn abgestützt, dies ist aber anscheinend nicht ausreichend gewesen, denn der Torflügel stürzte um und erschlug das dreijährige Söhnchen des Arbeiters Schachtschneider. Das Kind war anscheinend sofort tot gewesen. Beobachtet wurde der Unfall nicht, man fand erst später die Leiche des Knaben unter dem gestürzten Tor. Als Todesursache dürften die festgestellten schweren Kopfverletzungen gelten.

Swinemünde. Ein polnischer Schleppzug, bestehend aus dem Schlepper „Tyran" und den Leichtern „Stefet" und „D. W. 701", ist infolge stürmischer See in Swinemünde für Nothafen eingelaufen. Der Schleppzug ist nach Trzczew (Dirschau) bestimmt.

Stralsund. Wieder ein Straßenbrunnen entdeckt? — In der Offenreyerstraße versank plötzlich ein Stein des Straßenpflasters vor dem Rathause. Sofort angestellte Untersuchungen ergaben eine Senkung des Erdreichs in einem Meter Breite, zwei Metern Länge und eineinviertel Metern Tiefe. Es wird sich wahrscheinlich um einen Brunnen handeln, wie sie früher hier überall zu finden waren. Bei Neuordnung der Straßen hatte man die Brunnenschächte nicht zugeschüttet, sondern nur mit starken Bohlen belegt und dann (ein wahrer Schildbürgerstreich) die betreffende Stelle gepflastert. Natürlich ist das Holz mit der Zeit verfault und das Erdreich stürzt nach, wie es schon zu verschiedenen Malen geschehen ist.

Massow. Brand. — In der Nacht zum Freitag brach auf der Hofstelle des Bauernhofbesitzers Wilhelm Blendow im benachbarten Rosenow ein Brand aus, dem Speicher mit Stall und ein Arbeiterwohnhaus zum Opfer fielen. Mitverbrannt sind 5 Stück Rindvieh. Die Arbeiterfamilie konnte nur das nackte Leben retten. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht bekannt.

Schlagentin, Kr. Arnswalde. Mit der Forke erstach der Arbeiter Suckow, der auf dem Rittergute Schlagentin arbeitete, einen Kameraden nach einem Wortgefecht. Der Erstochene hatte die Familie des Täters, die sehr unter dem letzteren zu leiden hatte, sodaß sie während der Nacht immer bei Bekannten schlief, aus diesen Gründen bei sich aufgenommen. Der Stich ging durchs Herz. Der Arbeiter war sofort tot. Der Mörder wurde verhaftet.

Wie wird das Wetter?

Die Aenderungen in der gesamten Wetterlage sind nur geringfügig. Das Nord- und Osteuropa bedeckende Hoch hat sich im ganzen etwas abgeflacht, doch zeigt das atlantische Tief keine nennenswerte Bewegungsenergie. Ebenso wird das über der Biscaya und Südfrankreich erkennbare Tief wie eine flache Störung über den Niederlanden vorerst ohne Einfluß auf die Witterung Pommerns bleiben. Erst später wird das nordostwärts vordringende Biscaya-Tief zur Bewölkungszunahme führen.

Wetter-Vorhersage: Schwache bis mäßige Ost- bis Südostwinde, heiter, später zunehmende Bewölkung, trocken, morgens vielfach Bodennebel.

Strafkammer.

Wegen versuchter Notzucht erhielt der Kraftwagenführer B. aus Kriwan in der Berufungsinstanz 6 Monate Gefängnis, nachdem er vom Schöffengericht freigesprochen worden war.

Letzte Meldungen.

Die Ausweisungen aus dem Memelgebiet.

Memel, 5. September. Wie hier bekannt wird, sind die Schritte des deutschen Gesandten in Kowno wegen der Ausweisung der deutschen Redakteure aus dem Memelgebiet ergebnislos gewesen. Die Redakteure werden daher aller Wahrscheinlichkeit nach heute noch mit Polizeigewalt über die Grenze transportiert werden.

Attentat in Dresden.

Dresden, 5. September. Am Sonnabendabend wurde der Sekretär des amerikanischen Konsulates Emil Steger in der Nähe des Moreau-Denkmals an der Bismarcksäule von einem Unbekannten angeschossen. Der Täter ist unerkannt entkommen. Der Verletzte wurde sofort nach dem Südsanatorium gebracht. Lebensgefahr besteht nicht. Ob der Tat politische Motive zugrunde liegen, hat sich bisher noch nicht einwandfrei feststellen lassen.

Blutige Zusammenstöße.

Senftenberg, 5. September. Anläßlich des gestrigen Lausitzer Stahlhelmtages kam es hier zwischen Mitgliedern der KPD., des Roten Frontkämpferbundes und Stahlhelmangehörigen zu einer Schlägerei, in deren Verlauf es auf beiden Seiten Verletzte gab. Nach den bisherigen Feststellungen wurden vier Schwerverletzte, 18 mittelschwer durch Hieb- und Stichwunden Verletzte und eine größere Anzahl Leichtverletzter gezählt. Von den Schwerverletzten schweben zwei in Lebensgefahr.

Nationalsozialisten und Rote Frontkämpfer.

Löbau, 5. September. Zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes kam es am Sonntagnachmittag in der sechsten Stunde in der Nähe von Forsthaus Strahwalde. Es kam zu Tätlichkeiten, wobei auch Messer gezogen wurden. Den Nationalsozialisten wurden die Abzeichen abgerissen. Hauptsächlich hatten es die Roten Frontkämpfer auf die Fahne abgesehen, die aber durch einen Radfahrer sofort in Sicherheit gebracht wurde. Verschiedene Personen wurden verletzt.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 264—269 (am 3. 9.: 265—270). Roggen Märk. 240—244 (240—244). Sommergerste 220—266 (220—267). Inländische Futtergerste —,— (—,—) Wintergerste 203—209 (203—209). Hafer Märk. 197—214 (200—216). Mais loko Berlin 197—198 (198). — Weizenmehl 34,50—37,25 (34,50—37,25). Roggenmehl 32,50—34,00 (32,50—34,00). Weizenkleie 15,75—16,00 (16,00). Roggenkleie 15,25—15,50 (15,25—15,50). Raps 295—305 (295—305). Leinsaat (—,—). Viktoriaerbsen 44—50 (44—50). Kleine Speiseerbsen 24—27 (24—27). Futtererbsen 21—22 (21—22). Peluschken 21,00—22,00 (21,00—22,00). Ackerbohnen 22—23 (22—23). Wicken 22,00—24,00 (22,00—24,00). Lupinen blaue —,— (—,—). gelbe —,— (—,—). Seradella —,— (—,—). Rapskuchen 15,80—16,20 (15,60—16,00). Leinkuchen 22,60—23,10 (22,60 bis 23,10). Trockenschnitzel —,— (—,—). Sojaschrot 20,10—20,60 (20,10—20,60). Torfmelasse —,— (—,—). Kartoffelflocken 23,00—23,50 (23—23,50).

Berliner Frühmarktnotierungen vom 5. September. Weizen: Sept. 278, Okt. 276,50, Dez. 276,50, Tendenz: matter. Roggen: Sept. 251, Okt. 246, Dez. 243, Tendenz: matter. Hafer, gut (neu) 240—255, mittel 224—239, Wintergerste, gut 232—245, Gerste, gut 260—278, Futterweizen 285—295, gelber Platamais 200—206, kleiner Mais 215—225, Taubenerbsen 330—344, Futtererbsen 250—260, Roggenkleie 155—165, Weizenkleie 155—164, Tendenz: ruhig.

Stettiner Produktennotierungen vom 5. September. Per 1000 Kg. Roggen, inl. 248, Hafer 200—210, Sommergerste 220—230, Braugerste 260—280, Wintergerste 210—215.

Lumpenelse.

Roman von Anny v. Panhuys.

(44. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten)

Langsam und stockend begann sie zu lesen, was da in holprigem Deutsch nach der Orthographie einer längstvergangenen Zeit geschrieben stand:

Bin einer großer Sünder gewesen vor dem Herrn oben in Himmelshöhen, bin ein elend Menschlein geworden, durch eigene Schuld. Weil meine liebste und einzig geliebte Tochter hat ein unadelig Mannsbild wollt freien und nicht nachgelassen hat mit Bitten, hab ich ihr den Dolch in das Herz gestoßen und bin zum Mörder geworden an meinem Bestehen auf der Erden. Hat mir der gnädige Herr Gott ein helles Stündlein geschenket, weil ich ihn gar so laut um Buße gebeten und angejammert. Hat mir ein helles Stündlein geschenket, darin ich mit meines Geistes Augen habe in die fernste Zukunft geschaut. Und was ich geschaut, hat sich mir gereimet, obwohl ich vordem nie ein Verslein zustande gebracht. In zweenhundert Jahren werd ich erlöset sein, so hab ich erschauet. Dank der blonden Maid, der ich so übergroße Huld verdanke. Soll gern die Perlen tragen, so in dem Beutelchen ruhen, mein Kind trug sie einst bei reichen Festen. Der letzte Herr von Rechberg soll die Juwelen nehmen, so in dem Kästlein schlummern, und auch den Dolch, der darunter liegt, und an dem das Blut meiner eigenen Tochter klebt. Begrabt ihn mit dem Abbild meines Kindes in Stille und Nacht und betet für mein Kind und mich. Habe alles Kommende erschaut in einem hellen Stündlein, das Gott dem großen Sünder gnädig zugestand, und weiß, wenn Spätgeborene mein Pergament hier lesen, daß ich erlöset bin.

In Stille und Nacht begrabt dann, was ich errichten ließ zur Sühne meiner unmenschlich schweren Schuld.

Nehmt Gruß und Dank von mir, ihr, die ihr mir in der Zeit fern lebet und atmet unter dem Himmel des gnädigen Gottes, wohl über zweenhundert Jahr.

Martin Franz, Herr von Rechberg auf Herrenhof.

Anno 1709."

Else hatte geendet, in den Mienen aller spiegelte sich Ergriffenheit.

Axel sprach zuerst.

„Wie ein seltsamer Traum ist das alles, man muß sich besinnen, daß es Wahrheit ist."

Sein Vater ließ Else frei und öffnete den Lederbeutel. Eine Schnur tadellos erhaltener großer Perlen kam daraus zum Vorschein.

Er legte sie Else um den Hals.

„Das ist ein Schmuck, dessen sich keine Fürstin zu schämen braucht!"

„Nein, nein —." Else wollte die Perlen abstreifen, doch der Gutsherr wehrte ihr.

„Soll gern die Perlen tragen, so in dem Beutelchen ruhen!" zitierte er lächelnd. Dann schloß er die Kassette auf und fuhr fast zurück, so funkelte und glitzerte es ihm daraus entgegen von Brillanten und Rubinen, Saphiren und köstlichen Smaragden.

„Indiens Märchenschätze!" sagte der Gutsherr, und seine Stimme zitterte. „Das reicht, Kinder, um Herrenhof hochzubringen, der letzte Rechberg darf jetzt ohne Zukunftssorgen auf der Scholle bleiben, und das Wort darf wahr werden: Aus junger Liebe erblüht dann aufs neu, ein Geschlecht so edel und alt!"

Er konnte nicht weitersprechen, Rührung erstickte jedes weitere Wort. Aber alle verstanden ihn, alle wußten, wie dem alternden Manne ums Herz sein mußte, als nun so urplötzlich, so völlig unverhofft alle Zukunftssorgen über Herrenhof verschwunden waren und ihm Gewißheit ward, daß der Grund und Boden, auf dem die Rechbergs gelebt seit Jahrhunderten, den Rechbergs bleiben würde. Sie würden fortan keine armen Junker mehr sein, die Rechbergs, und das Gespenst der Sorge würde den Herrenhof verlassen müssen vor dem Glitzern und Strahlen der Juwelen, die von der Statue über zweenhundert Jahre lang so treu behütet worden waren.

Ued wem verdankte er die frohe Gewißheit, die frohe Botschaft, die ihm die kurze Zeit, die ihm sein krankes Herz auf der Erde noch gönnte, leicht und glücklich gestalten mußte?

Sein Auge suchte Else, und sie sacht bei den Schultern packend, schob er sie Axel zu.

„Mache sie sehr, sehr glücklich, denn ihr verdankst du es, wenn du dein Leben nicht in dem engen Kreis, den ständige Sorge zieht, verbringen mußt! Wäre sie nicht nach Herrenhof gekommen, so hätte sich der Vers niemals erfüllt."

Axel drückte das schöne Mädchen fest an sich.

„Du, mein Glück, du, unser aller Glück!"

Am nächsten Vormittag fuhr Axel mit der Statue, um die er, der Dienstboten wegen, Tücher gehüllt und ein paar Latten geschlagen, vom Hofe. Das fiel nicht auf, da er öfter sein eigener Kutscher war. Am hinteren Parkeingang, wohin sich fast nie ein Mensch verirrte, hielt er an und, von allen Mitwissern unterstützt, trug er die Statue in den kleinen Pavillon dicht an der Mauer. Nach längerem Umweg mit dem Wagen kehrte er dann zurück, und die Dienstboten glaubten, daß er seine schwere Last an die Station gefahren hätte.

Um Mitternacht grub man dem schönen Marmorleib dann das Grab.

Ziemlich tief ward die Grube und ein paar Stallaternen flackerten trübselige Beleuchtung dazu.

Axel von Rechberg und Frau Falkenhein gruben, und dann legte man sie hinein in die schon herbstfeuchte Erde. Lautlos schmiegte sich der glatte Marmor in das weiche, kühle Bett. Nun konnte sie ausruhen, lange, lange — vielleicht würden Jahrhunderte vergehen, ehe man es fand. Sie und den kleinen, scharfen Dolch, mit dem ein adelsstolzer Vater sein eigen Fleisch und Blut hinopferte.

Als das Grab geschlossen war, warf man Laub und Zweige darauf. Es fing an zu regnen; bald würde dadurch die letzte Spur verwischt werden von dem, was hier geschehen.

Else faltete die Hände und sagte leise und innig:

„Mir war es immer, als wohne Leben in dem Stein. Ich weiß nicht, wo sie schläft, deren Züge der Stein trug. Ihr Vater wollte wohl nicht, daß wir es erführen . . . Aber wo sie auch schläft, möge sie in Frieden ruhen wie ihr Abbild! Denn der Wunsch ist erfüllt: Dann sei gesühnt eines Vaters Schuld, dann begrabt meine Steingestalt!" Sie winkte mit der Hand.

„Irgendwo ruhst du, du Arme! Schlafe sanft, träume von deiner Liebe, der du nicht leben durftest!"

Axel umfaßte sie.

„Komm ins Haus, du frierst, mein Lieb! Heute bleiben wir ja alle noch beisammen. Morgen beginnt ein neues Leben. Arbeit, Ehrgeiz dürfen sich weitere Ziele setzen als bisher. Komm, roter Wein wartet drinnen auf uns. Vater und Mutter, unsere liebe Justizrätin, deine Mutter und ich dazu, wir wollen die Blonde feiern, die Glück auf den Herrenhof bringt!"

Leise schlichen alle ins Haus zurück, wo Else mit der Mutter und Herma heute übernachteten.

Ein Vierteljahr später, an einem strahlenden, hellen Wintertag, heirateten dann Axel von Rechberg und Else. In Grünberg fand die Feier statt, kurz vorher war der alte Gutsherr in seinem Armstuhl still für immer entschlummert. Ein Lächeln lag um seinen Mund: er wußte ja seinen geliebten Herrenhof frei von Schulden und Sorgen. Gerade am Tage der Hochzeit, die im engsten Kreise stattfand, kam ein Brief von Maria. Sie sandte Else die herzlichsten Wünsche und deutete an, daß sie, ein wenig dem Wunsche ihres Vaters folgend, aber auch ihrem eigenen Willen, sich bald mit Artur Wilmers verloben würde.

„Es ist keine große Liebe, die mich zu ihm zieht", schrieb sie, „aber ein ruhiges, schönes Gernhaben, und ich glaube, ich werde auch damit glücklich werden können."

Else zeigte Axel den Brief und sagte leise: „Ich wünsche von Herzen, daß Maria glücklich wird!"

Maria! — Wie ein Schatten glitt eine Schlankgestalt mit kastanienbraunem Haar an ihm vorüber. Sein eigenes Glück war so groß! Was nicht damit zusammenhing, zerfloß in Nebel. Er lächelte und sah tief in die herrlichen rehbraunen Augensterne seines jungen Weibes.

„Was ist Glück? Ich weiß es und kann mir nicht denken, daß es auch andere wissen, weil du doch nicht bei ihnen bist. Du bist das Glück, das einzige Glück, du nur allein!" Er preßte ihre zarten Hände im Uebermaß starken Empfindens. „Du bist Leben, bist Reichtum, bist Erfüllung jedes Sehnens, bist alles Glück der Erde, du meine, meine angebetete „Lumpenelse"! . . .

— Ende. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Das Land an der Neumühl-Strelliner Grenze — Parzelle Nr. 13a und b ist vom 1. Oktober 1927 ab zu verpachten. Die Parzelle ist 3,74 ha groß.

Verpachtungsdauer: bis 1. Oktober 1936.

Hierzu wird Termin auf

Donnerstag, den 8. September 1927, nachmittags 4 Uhr anberaumt.

Treffpunkt: Am Gasthof Neumühl.

Stolp, den 31. August 1927.

Der Magistrat.

National-Sozialistische deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Stolp.

Oeffentlicher Sprechabend

am **Mittwoch, den 7. September d. Js.** um 8 Uhr abends im **Concordia-Zimmer des hiesigen Schützenhauses.**

Thema: **„Wehe dem Volk, das heute noch träumt".**

Redner: Pg. R. Schulz-Lübeck.

Eintritt frei. **Juden haben keinen Zutritt.**

Muspflaumen

frisch eingetroffen. Verkauf äußerst billig im Geschäft und auf dem Stephanplatz.

Paul Jaffke. Fernruf 961.

Freie Schicksalsdeutung

Nachdem ich lange Jahre als Astrolog auf Reisen war, und viele tausend Personen meinen Rat einholten, habe ich mich nunmehr entschlossen, für jeden vollständig **umsonst** eine **Probedeutung für sein Leben** auszuarbeiten. Meine Arbeit wird Sie in Erstaunen versetzen, kommen doch täglich Anerkennungsschreiben, die dies bestätigen.

Schreiben Sie aber sofort. Ich brauche Ihren vollen Namen, sowie Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt. Angabe ob Frau, Fräulein oder Herr ist erwünscht. Geld verlange ich nicht Sie können aber, wenn Sie wollen, einen frank. Umschlag mit Ihrer Adresse beilegen. Nennen Sie auch diese Zeitung.

Franz Moritz,
Berlin-Friedrichshagen.

Von der Reise zurück
Prof. Dr. Creite.

Umpressen und Färben von Damen-Winter-, Filz-, Felbel- u. Velour-Hüten
— besorgt schnell und billig —
Erste Stolper Hutpresserei
Frieda Behnke — Schulstraße 6
Neueste Formen eingetroffen!

Jahresverbrauch
140 Millionen Dopp.-Ztr.!
Weit mehr
als jeder andere Dünger!
Kostenlose Auskunft in allen Düngerfragen erteilen die
Landwirtschaftlichen Beratungsstellen und Verkaufsstellen der Deutschen Superphosphat-Industrie in:
Stettin, Kohlmarkt 10
als Beratungsstelle und
Berlin W. 10, Sigismundstr. 7, Abt. Ost
als Verkaufsstelle für die Prov. Pommern.

Bei **Rheuma** trink' Embeha-Tee,
Bestimmt vergeht dann alles Weh!
Ein Paket, 14 Tage reichend, RM 3.50
10000 Anerkennungen
Niederlage: In allen Apotheken
Engros-Vertrieb: Pharmazeut. Handelsges. m. b. H. Stolp.

F. W. FEIGES BUCHDRUCKEREI

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
für Handel, Gewerbe und Industrie, für Behörden, Private, Vereine, ein- und mehrfarbig

Stolp, Präsidentenstr. 45
Fernsprecher Nr. 18

Freibank.

Mittwoch nachm. 2 Uhr
Verkauf von Rind- und Schweinefleisch.
Die Schlachthofverwaltung.

Zwangs-Versteigerung

am **Donnerstag,** den **8. September 1927,** 9 Uhr in Stolp, Sandberg 1: (bestimmt)

Geschirr, Wein- und Wasser-Gläser, Kinderspiele, Küchengerät u. a. m

öffentlich, meistbietend gegen bar.

Scheunemann,
Ober-Gerichtsvollzieher,
Stolp, Uhlandstraße 12,
Tel. 707.

Holzpantoffeln und **Plüschpantoffeln**
mit Ledersohle
liefert billig
A. Bärschdorf
Pantoffelfabrikation
Dürr-Röhrsdorf in Sachsen.
Vertreter gesucht.

Glänzende Existenz!!
Versandfiliale und Alleinvertrieb vergibt Fabrikant.
Prima D. R. P.-Sache!
Dauernd hohes Einkommen.
Walter Hansen, Hamburg 36.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Georg Ziemann, Stolp. Druck von F. W. Feige's Buchdruckerei in Stolp.